

# Beschlüsse der 4. Sitzung

des Studierendenparlaments der Universität Münster



Präsidium des 64. Studierendenparlaments

Leonie Bronkalla (Präsidentin)  
Theresa Schüller (Stv. Präsidentin)  
Luca Burg (Stv. Präsident)

In der 4. Sitzung des 64. Studierendenparlaments wurden die unten stehenden Beschlüsse gefasst. Die Sitzung fand am 06.09.2021 über Zoom (Meeting-ID: 645 2713 7577, Kenncode: hurrastupa) statt und wurde von Leonie Bronkalla geleitet.

Die Beschlüsse führen lediglich die Ergebnisse der gestellten Gesamtanträge auf. Die Diskussionen sind dem jeweiligen Protokoll zu entnehmen.

c/o AStA Uni Münster  
Schlossplatz 1  
48149 Münster

stupa@uni-muenster.de  
www.stupa.ms

Montag, 13.9.2021

## Bestätigung von Protokollen

Das Protokoll der 12. Sitzung des 63. Studierendenparlaments, sowie das 1. und 2. Protokoll des 64. Studierendenparlaments wurden bestätigt.

(29/1/0)

## TOP 10

Das Studierendenparlament beschließt die Änderung des Protokolls der 8. Sitzung des 63. Studierendenparlaments in folgender Weise:

*In Z. 502f.: Matthias Küntzel ist in den letzten Jahren vermehrt durch antimuslimischen Rassismus [...] aufgefallen.*

*Schwärze in diesem Satz: antimuslimischen Rassismus*

*Schwärze außerdem in Z. 516f.: [...] und befürchten, dass im geplanten Vortrag antimuslimischer Rassismus reproduziert wird.*

(13/5/10)



Sondervotum von isaak

## **Ablehnung: Änderung des Protokolls der 8. Sitzung des 63. Studierendenparlamentes**

Ob Matthias Küntzel nun ein antimuslimischer Rassist ist oder nicht, weiß ich nicht. Das Studierendenparlament weiß das offenbar auch nicht; den Versuch aber, das herauszufinden, hat es unterlassen. Stattdessen den Weg des geringsten Widerstandes gewählt und sich in seiner eigenen Souveränität beschnitten.

Die Parlamentarier\*innen, die für den Antrag von Jonas Landwehr gestimmt haben, um einzelne Abschnitte in einem bereits beschlossenen Protokoll zu schwärzen, haben sich gegen transparente parlamentarische Arbeit gestellt. Folgt man der Begründung, so geschah das, weil Küntzel das Recht habe, "nicht öffentlich als Rassist diffamiert zu werden". Ein kurzer Blick in den ursprünglichen Antrag des SDS macht deutlich, dass Küntzel dort nicht als Rassist bezeichnet wurde. Der Vorwurf lautet, dass er in der Vergangenheit durch "antimuslimischen Rassismus" aufgefallen sei und befürchtet wird, dass sich das in seinem Vortrag wiederhole.

Die Studierendenschaft hat das auch ähnlich bewertet, schließlich wurde Küntzels Vortrag damals von einer Finanzierung durch die Semesterbeiträge ausgeschlossen.

Im Antrag des SDS wird für mich nicht abschließend deutlich, wann Küntzel durch antimuslimischen Rassismus aufgefallen ist. Eine kurze Recherche macht das Problem hinter Küntzels Thesen aber deutlicher: Er verneint die Trennung von Islam und Islamismus, bezeichnet ersteres als "der beste Schutz für den Islamismus"<sup>1</sup>. Die Herangehensweise, eine Religion selbst als das Problem zu betrachten statt derer, die ihre Menschenverachtung mithilfe einer Religion begründen, ist meiner Einschätzung nach religionsfeindlich und in diesem Fall islamfeindlich. In der Quelle geht es ihm um den Begriff des "muslimischen Antisemitismus" statt des "islamistischen Antisemitismus".

Mir erscheint es viel mehr als Strategie, dass Küntzel Antisemitismus als ein vor allem muslimisches Problem framen möchte. Das passt in die Erzählung

---

<sup>1</sup> <http://www.matthiaskuentzel.de/contents/700-mal-muslimischer-antisemitismus>

vom importierten Antisemitismus, als sei dieses Phänomen erst durch Einwanderung in Deutschland relevant geworden. Das ist insbesondere aus deutscher Perspektive, aus dem Land, das für die Shoa verantwortlich ist, eine schwer erträgliche Dreistigkeit. Die Süddeutsche hat Küntzels Perspektive dazu bereits letztes Jahr thematisiert.<sup>2</sup>

Über diese Themen muss gesprochen und diskutiert werden können. In einem Streitgespräch ist es dann auch angebracht, ein Narrativ als rassistisch zu bezeichnen, wenn es darauf Hinweise gibt und sich nicht aus Bequemlichkeit davor zu scheuen, Probleme entsprechend zu benennen.

Matthias Küntzel, Jahrgang 1955, hat, statt sich einer Kritik anzunehmen, die einfach abzulehnen oder als studentischen Aktivismus hinzunehmen, dazu entschlossen, mit juristischen Mitteln dagegen vorzugehen. Dabei soll offenbar eine Atmosphäre der Angst erzeugt werden. Leider mit Erfolg, wie der Beschluss des Parlaments nun zeigt.

Auch Jonas Landwehr folgt in seinem Antrag dem Versuch, in dem er von "Schmähungen", "Vermögensschädigung" und einer Strafbarkeit des Studierendenparlaments spricht. Weiter noch glaubt er, dass der Studierendenschaft eine "gerichtliche Auseinandersetzung" und "Schadensersatzansprüche" drohen. Das sind meiner Meinung nach völlig willkürliche und juristisch unhaltbare Behauptungen.

Auch ältere weiße Männer haben nicht das Recht, unwidersprochen zu bleiben. Erst recht sind sie nicht davor gefeit, auf möglicherweise rassistische Thesen aufmerksam gemacht zu werden.

Dass ein Gremium mit so vielen jungen Menschen hier die Chance verpasst hat, das deutlich zu sagen, ist bedauerlich.

Zuletzt möchte ich Matthias Küntzel selbst ansprechen. Insofern er überhaupt noch einen linken Anspruch hat, rate ich ihm, seine politischen Auseinandersetzungen in linken Kreisen im Dialog zu suchen und nicht im maßlosen Androhen juristischer Konsequenzen gegen Einzelpersonen. Und sollte wirklich - wie auch in diesem Antrag wieder festgehalten - keine Absicht bestanden haben, auf dem rechten Blog Die Achse des Guten zu veröffentlichen, so empfehle ich, die anwaltlichen Kapazitäten dafür zu nutzen. Denn noch immer finden sich Küntzels Artikel auf der Seite. Zudem wird er dort als Autor gelistet.<sup>3</sup>

Antifaschistische Grüße

isaak

Münster, 12. September 2021

---

<sup>2</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/antisemitismus-nahost-israel-nazis-1.4909779>

<sup>3</sup> <https://www.achgut.com/autor/kuentzel>

## **Sondervotum zur Änderung des Protokolls der 8. Sitzung des 63. Studierendenparlamentes**

Als Abgeordnete des 64. Studierendenparlaments sehe ich diese Änderung des Protokolls, wie im Antrag von Jonas Landwehr verlangt, sehr kritisch. Die Meinungsfreiheit wird plötzlich zur Nebensache und alten *weißen* Männern wird geholfen, Protokolle zu zensieren und Studierende mit Klagen einzuschüchtern.

Nicht durch Aussagen von Studierenden während (zwar öffentlichen, aber internen) Diskussionen im Studierendeparlament kommen Personen der Öffentlichkeit zu schaden, sondern durch die eigenen problematischen Aussagen.

Ich frage mich auch, was die Abgeordneten, die für die Zensur des Protokolls gestimmt oder sich bei der Abstimmung enthalten haben, zu Expert\*innen über antimuslimischen Rassismus macht.

Daher meine Bitte an alle Mitglieder des Studierendenparlamentes, sich mit antimuslimischem Rassismus auseinanderzusetzen, den Stimmen von Betroffenen *wirklich* zuzuhören und diese in solche Entscheidungen miteinzubeziehen.

Salam,  
Samira Hassan